

PRESSEMITTEILUNG #206 – 25. Juni 2020

Martin Habersaat:

Schleswig-Holstein darf seinen Vorsprung in der Inklusion nicht verspielen

Zur Bilanz der Bertelsmann Stiftung über die Inklusion an Schulen erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

“Die Bertelsmann Stiftung hat den Stand der Inklusion in den Schuljahren 2008/09 und 2018/19 verglichen. Es hat dabei bundesweit Fortschritte gegeben, die sich in den Bundesländern aber sehr unterschiedlich abbilden. In Rheinland-Pfalz und den beiden bildungspolitischen Flaggschiffen der Union, Bayern und Baden-Württemberg, hat sich die Exklusion (also die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in Förderzentren unterrichtet werden) sogar erhöht, während Schleswig-Holstein mit einem Wert von 2,2 nach Bremen bundesweit den günstigsten Wert hat.

Die Studie kommt zu einem sehr pessimistischen Ergebnis, was die Stellung Deutschlands im internationalen Vergleich angeht. Bis 2030 würde Deutschland insgesamt auf dem Weg zur Inklusion einen Stillstand erleben. Es ist zwischen Regierung und Opposition in Schleswig-Holstein unstrittig, dass die qualitative Ausgestaltung der Inklusion Vorrang haben muss gegenüber der internationalen Vorgabe, dass möglichst 85 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit Förderbedarf inklusiv unterrichtet werden sollten.

Die Landesregierung geht aber in die falsche Richtung. Der insgesamt enttäuschende Bericht, den die Landesregierung Anfang des Jahres zum Stand der Inklusion vorgelegt hat, und mehr noch der Entwurf einer neuen Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung lassen erkennen, dass es an einem Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung inklusiver Schulen fehlt.

Die Logik des CDU-Bildungsministeriums ist es wieder, Kinder mit besonderen Herausforderungen auszusortieren, statt die Schulen und Klassen mit Ressourcen auszustatten, die es ihnen ermöglichen, auch Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten sinnvoll zu unterrichten, ohne dass die gesamte Lerngruppe in Mitleidenschaft gezogen wird.

Ein Beispiel: Ob ein Kind einen Förderbedarf hat, soll bisher frühestens am Ende der zweiten Jahrgangsstufe festgestellt werden können; in Zukunft soll es spätestens zu diesem Zeitpunkt eine entsprechende Einsortierung geben.

Dass die Landesregierung künftig die berufsbildenden Schulen auch von der Verwaltungsseite her von den allgemeinbildenden Schulen abkoppeln will, macht die Sache nicht besser.

Die Koalition scheut auch die öffentliche Auseinandersetzung über ihre Inklusionspolitik. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Küstenkoalition ihren Inklusionsbericht im offenen Rahmen vom Bildungsausschuss organisierten Fachtages zur breiten Diskussion gestellt. Die Jamaika-Koalition will einen solchen Meinungsaustausch möglichst nur hinter verschlossener Tür ermöglichen – sie wird wissen, warum.”